

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betreffend nachhaltiges Handeln der Stadt Winterthur, einge-
reicht von Gemeinderat D. Hauser (SP)

Am 12. März 2007 reichte Gemeinderat David Hauser namens der SP-Fraktion mit 24 Mit-
unterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

"Nachhaltigkeit ist der prägende Begriff und die mittlerweile wohl breitest abgestützte Grundmaxime moderner Politik auf allen Ebenen. Auch die stadträtlichen Legislaturziele lesen sich als kommunale Umsetzung eines ganzheitlichen Nachhaltigkeitsdenkens. So schreibt der Stadtrat auf Seite 20, die Nachhaltigkeit solle in den Verwaltungsabläufen an den entscheidenden Stellen verankert werden. Wirkungsanalysen, Bewertungen und Optimierungen seien vor allem bei mittleren und grösseren Investitionen und Projekten sinnvoll.

Trotz dieses Bekenntnisses besteht die Gefahr, dass angesichts der Hektik des politischen Alltags und vielleicht auch wegen einer gewissen Hilflosigkeit gegenüber globalen Prozessen, der Nachhaltigkeitsgedanke in der Umsetzung zuwenig mit konkretem Inhalt gefüllt wird. Dabei ist gerade die Gemeinde ein Ort, wo nachhaltiges Handeln unkompliziert möglich und in seiner Spürbarkeit auch direkt wirksam ist. Wir fragen daher den Stadtrat:

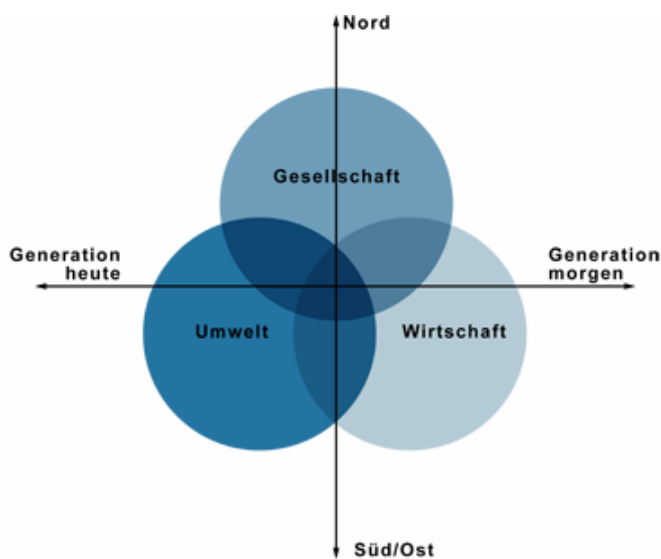
- 1. Ist er bereit, alle seine Handlungen im Voraus auf ihre Nachhaltigkeit hin zu überprüfen und seine Vorhaben schon in der Entstehung nach Kriterien der Nachhaltigkeit zu konzipieren?*
- 2. Kann der Stadtrat Beispiele von Innovationen und Projekten nennen, bei denen in der Konzept- und Entscheidungsphase aktiv und bewusst nach Kriterien der Nachhaltigkeit vorgegangen wurde?*
- 3. Welche konkreten Methoden wendet der Stadtrat bei mittleren und grösseren Projekten an, um diese im Hinblick auf deren Nachhaltigkeit zu konzipieren? Hat der Stadtrat Kenntnis von bestehenden Methoden zur Überprüfung der Nachhaltigkeit und ist er bereit solche zu entwickeln oder zu übernehmen?*
- 4. Wie arbeitet der Stadtrat mit dem Zentrum für nachhaltige Entwicklung der ZHW zusammen?*
- 5. Ist der Stadtrat bereit, auch bei kleineren Vorhaben, welche in die Ausgaben- bzw. Beschlusskompetenz von Verwaltungsstellen fallen, eine summarische Nachhaltigkeitsüberprüfung im Sinne eines formellen Nachhaltigkeitschecks zu verlangen?"*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Vorbemerkungen

Der Stadtrat hat sich bereits wiederholt zu den Themen "Nachhaltigkeit" und "Nachhaltige Entwicklung" und ihrer Bedeutung im Rahmen der stadträtlichen Politik geäussert; eine sehr ausführliche und im Grundsatz nach wie vor aktuelle Darstellung enthält der Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 vom 14. März 2001 (GR-Nr. 99/079). Wie bereits damals erläutert, stammt der Begriff der Nachhaltigkeit ursprünglich aus der Forstwirtschaft und bedeutet, dass dem Wald nicht mehr Holz entnommen werden darf, als in einer bestimmten Periode nachwachsen kann. Heute gelten das Prinzip der Nachhaltigkeit und das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) als zentrale Leitvorstellung der

internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik. Die Schweiz orientiert sich in ihrem Nachhaltigkeitsverständnis am Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtlandkommission) aus dem Jahr 1987 sowie am Drei-Dimensionen-Konzept, wie es von der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio 1992 in die Agenda 21 übernommen worden ist. Nach dieser Interpretation ist eine Entwicklung nachhaltig, wenn die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Der Begriff der Nachhaltigkeit verbindet also Umweltthemen mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsfragen; gleichrangig zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlage für künftige Generationen soll die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gesichert, die soziale Gerechtigkeit gestärkt und den Menschen eine möglichst hohe Lebensqualität gewährleistet werden. Seit dem Jahr 2000 hat die Schweiz den Grundsatz der Nachhaltigkeit auch in der Bundesverfassung verankert.



Nach dem Drei-Dimensionen-Konzept umfasst die Nachhaltige Entwicklung die Zieldimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft und bezieht sich auf die intra- und intergenerative Gerechtigkeit. Damit soll Folgendes zum Ausdruck gebracht werden:

- Ganzheitliche Sicht von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft
Wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Prozesse sind vernetzt und beeinflussen sich gegenseitig. Das Handeln öffentlicher und privater Akteure darf nicht isoliert und eindimensional erfolgen, sondern muss den Wechselwirkungen zwischen den drei Dimensionen Rechnung tragen.
- Intra- und intergenerative Gerechtigkeit
Die Überbeanspruchung der Ressourcen und des Lebensraums oder hinterlassene Schulden beeinträchtigen die Entwicklungschancen künftiger Generationen. Die zivilisatorische Entwicklung ist nur dann nachhaltig, wenn sie weder die Handlungsmöglichkeiten gegenwärtiger noch zukünftiger Generationen einschränkt oder gefährdet.

Die Schweiz interpretiert die Nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage von 15 Nachhaltigkeitskriterien, die der Bundesrat in seinem Bericht "Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002" formuliert hat. Diese relativ allgemeinen Kriterien wurden weiter ausdifferenziert, so zum Beispiel in den über 100 Indikatoren des Indikatorensystems Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz (MONET) oder den 35 Zielbereichen des "Cercle Indicateurs", der schweizerischen Plattform für Nachhaltigkeitsindikatoren in Kantonen und Gemeinden.

Die Nachhaltige Entwicklung ist kein harmonisches Konzept. Vielmehr liegt es in der Natur der Sache, dass bei den verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Anliegen Zielkonflikte entstehen. Die Herausforderung in der Nachhaltigen Entwicklung besteht darin, die zum Teil gegenläufigen Ziele und Interessen der drei Dimensionen aufeinander abzustimmen und auf dieser Grundlage einen Interessenausgleich zu erreichen, und zwar im Sinn einer Balance zwischen der Zivilisationsentwicklung (Wirtschaft und Gesellschaft) und der Regenerationsfähigkeit der beanspruchten natürlichen Ressourcen (Umwelt). Grundsätzlich sind dabei folgende Regeln zu beachten:

- Entscheide sind so zu fällen, dass mittel- und langfristig nicht ein Bereich der Nachhaltigen Entwicklung systematisch zu Gunsten der anderen Bereiche benachteiligt wird.
- Bei der Interessenabstimmung zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft müssen unverhandelbare Mindestanforderungen in allen drei Bereichen eingehalten werden.
- Es ist darauf zu achten, dass die Befolgung der nationalen Strategie nicht durch die Verlagerung von Umweltbelastungen und sozialen Problemen ins Ausland erreicht wird.

Hinsichtlich des Stands der Nachhaltigen Entwicklung in der **Schweiz** zeichnet sich insgesamt ein widersprüchliches Bild. Zu den wichtigsten Erkenntnissen des MONET-Nachhaltigkeitsmonitorings gehört, dass zwar in den meisten Lebensbereichen Ansätze zur Nachhaltigen Entwicklung erkennbar sind, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends bestehen: Beispielsweise steht einer steigenden Arbeitsproduktivität und steigenden Haushaltseinkommen eine immer grössere Anzahl "Working Poor" gegenüber. Eine verbesserte Energieeffizienz, die in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen sowie in der Volkswirtschaft insgesamt verzeichnet werden kann, ist begleitet von einer Zunahme des Gesamtenergieverbrauchs. Und schliesslich könnte die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage in Bezug auf die Nachhaltige Entwicklung auch auf Kosten zukünftiger Generationen zustande gekommen sein: Denn während sich viele Schweizerinnen und Schweizer einer hohen Arbeits- und Lebenszufriedenheit erfreuen, verfügen gegenwärtig 17 Prozent der Jugendlichen nicht einmal über grundlegende Lesekompetenzen, und die Jugendarbeitslosigkeit ist für Schweizer Verhältnisse hoch. Im internationalen Vergleich zeigt sich anhand verschiedener nachhaltigkeitsbezogener Länderrankings, dass sich die Schweiz meist auf Spitzenrängen befindet, aber im Zeitverlauf zurückfällt.

Auch dürfen wir die Augen nicht vor der Tatsache verschliessen, dass die Schweiz in absoluter Hinsicht nach wie vor weit von einem nachhaltigen Zustand entfernt ist. Dies verdeutlicht der ökologische Fussabdruck, ein international verwendeter Indikator zur Messung des Ressourcenverbrauchs. Die Methode rechnet das Ausmass der Nutzung und Belastung der Natur in die Fläche um, die notwendig wäre, um diese Ressourcen auf erneuerbare Weise bereitzustellen. Der ökologische Fussabdruck einer Region, eines Landes oder der Welt wird ausgedrückt in der sog. "globalen Hektare". Der Fussabdruck der Schweiz beträgt pro Kopf 5.1 globale Hektaren, während die weltweite Biokapazität bei nur 1.8 liegt. Die Schweiz verbraucht also fast dreimal so viele Naturressourcen, wie in globaler Hinsicht dauerhaft tragfähig wäre.

Für den **Kanton Zürich** zeigt der erste Nachhaltigkeitsbericht vom April 2007 die Entwicklung seit 1990 auf und liefert dazu eine Grobinterpretation. Diese kantonale Standortbestimmung soll alle 4 Jahre wiederholt werden. Dem aktuellen Bericht ist zu entnehmen, dass im Zielbereich Wirtschaft positive Entwicklungen und Tendenzen festzustellen sind hinsichtlich der hohen Attraktivität als Wirtschaftsstandort, der Verfügbarkeit von gut qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Bedeutung als Wissens- und Forschungsstandort. Auch im Zielbereich Umwelt gehen einige Entwicklungen in Richtung Nachhaltigkeit, so etwa bei der Grundwasserqualität und der Abfallwirtschaft. Der Zielbereich Gesellschaft schliesslich weist einen verbesserten Gesundheitszustand der Bevölkerung aus und einen guten Ausbildungsstand von Jugendlichen am Ende der Schulzeit – ausgenommen

einer Gruppe von Jugendlichen aus meist bildungsfernen Schichten. Trotz guter Wirtschaftslage entspannt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt jedoch nur zögerlich; Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit bleiben aktuelle Handlungsfelder. Noch nicht auf Kurs in Richtung Nachhaltigkeit befindet sich auch die ungebremsste Nachfrage nach Energie, insbesondere weil der hohe Energiebedarf grösstenteils auf nicht erneuerbaren, fossilen Energiequellen beruht. So konnten auch die für die Klimaveränderung relevanten CO₂-Emissionen bislang lediglich plafoniert werden. Ein echter Kurswechsel im Energiebereich ist (noch) nicht eingetreten. Dies zeigt sich auch in der durch den Verkehr verursachten Lärmbelastung und in den kontinuierlichen Grenzwertüberschreitungen der Luftqualität. Die wachsende Bevölkerung, der zunehmende individuelle Flächenbedarf und die hohe Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten führen auch im Kanton Zürich sowohl zu einer Siedlungsverdichtung als auch zu einer Siedlungsausdehnung. Auch in dieser Beziehung besteht weiterhin Handlungsbedarf, denn die Siedlungsentwicklung verläuft gegen die Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes; Zersiedlung und Landverbrauch nehmen weiter zu. Unterstützung erhält die Nachhaltige Entwicklung im Kanton Zürich neuerdings auch auf verfassungsrechtlicher Ebene: So ist der Regierungsrat nach Art. 67 der revidierten Kantonsverfassung verpflichtet, in allen Rechtssetzungsvorlagen auf die langfristigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen hinzuweisen.

Die Stadt **Winterthur** gehört national zu den Pionieren im Bestreben, das Postulat der Nachhaltigen Entwicklung lokal umzusetzen. Wie vom Stadtrat bereits in seinem Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 ausführlich dargelegt, begann die Auseinandersetzung mit Fragen der Nachhaltigen Stadtentwicklung im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels anfangs der 1990er Jahre und führte seither zu einer Reihe verschiedenster Aktivitäten, angefangen bei der Broschüre "Zukunftsbeständige Gemeinde, Vademecum zur nachhaltigen Kommunalpolitik", über die so genannten "Barockhäuschen-Gespräche" und den "Nachhaltigkeitsbarometer" bis hin zur "Situationsanalyse Nachhaltige Entwicklung" vom Februar 2005, die sich mit der Umsetzung der stadträtlichen Nachhaltigkeitsstrategie befasste, eine Bestandesaufnahme der Nachhaltigkeitsbestrebungen enthielt und relevante Handlungsfelder aufzeigte.

Ferner hat sich Winterthur mit anderen Städten und Kantonen im so genannten "Cercle Indicateurs", der schweizerischen Plattform für Nachhaltigkeitsindikatoren, zusammengeschlossen, um die Nachhaltige Entwicklung zu messen. Zentrale Aufgabe dieser Indikatoren ist die Beurteilung des aktuellen Stands und der zeitlichen Veränderung der Nachhaltigen Entwicklung auf einer strategisch-politischen Ebene. Rund 30 Indikatoren erlauben einerseits einen Vergleich der Situation auf der Zeitachse (Monitoring) und andererseits die vergleichende Beurteilung verschiedener Städte bzw. Kantone (Benchmarking). Die Kernindikatoren für die Nachhaltige Entwicklung der Stadt Winterthur wurden bis anhin für die Jahre 1990, 1995, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004 und 2005 erhoben. Die nächste Erhebung der Indikatoren findet im Jahr 2009 für das Jahr 2007 statt.

Das Benchmarking 2005 führte zum Gesamtergebnis, dass Winterthur im Quervergleich gut abschneidet. Stärken zeigen sich insbesondere in den Bereichen Gesellschaft und Umwelt. Im Wirtschaftsbereich ergeben sich positive Vergleichswerte bei der Wirtschaftsstruktur, beim öffentlichen Haushalt und bei den relativ tiefen Steuern. Als Schwächen stechen die Arbeitslosigkeit sowie der Indikator "Umbau- und Unterhaltskosten" hervor. Demgegenüber zeigen sich im Teilergebnis Umwelt bei Energie, Klimaschutz, Abfallmengen und Abwasserreinigung Stärken, die auf kontinuierliche Anstrengungen der Stadt zurück zu führen sind. Im Quervergleich sind die Werte der Indikatoren jedoch stark von der jeweiligen lokalen Wirtschaftsstruktur abhängig. In ökologischer Hinsicht zeigt sich ausserdem, dass die Artenvielfalt auch in Winterthur unter Druck ist. Daher wurden in der Vergangenheit wertvolle Naturflächen kontinuierlich erhöht, und weitere Projekte zur Vernetzung der Naturräume werden vorangetrieben.

Das Teilergebnis Wirtschaft weist auf Stärken bei der Wirtschaftsstruktur, beim öffentlichen Haushalt und bei den Steuern hin. Aufgrund der regen Bautätigkeit im Speziellen auch im Bereich Neubauten ist der Anteil „Umbau- und Unterhaltsarbeiten“ geringer als bei den meisten beteiligten anderen Städten. In der hohen Arbeitslosigkeit im Jahr 2003 widerspiegelt sich der anhaltende Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt. Die Wirtschaftsförderung hat entsprechend hohe politische Priorität. Bei den Mietpreisen zeigt sich die Zugehörigkeit zum Wirtschaftsraum Zürich; dennoch sind die Mietkosten in Winterthur verglichen mit dem kantonalen Durchschnittsniveau verhältnismässig tief.

Das Teilergebnis Gesellschaft offenbart im Quervergleich Stärken bei Kultur, Freizeit, Bildung und Integration. Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ist in allen beteiligten Städten und so auch in Winterthur insgesamt gut. Bei der durchschnittlichen Distanz zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs liegen daher alle Städte nahe beieinander. Gleich verhält es sich bezüglich der Indikatorenwerte bei den potenziell verlorenen Lebensjahren, der Einkommens-/Vermögensverteilung sowie der Stimm- und Wahlbeteiligung. Werden nicht nur die subventionierten, sondern auch die nicht von der Stadt finanziell unterstützten Kinderbetreuungsplätze mitgezählt, würde Winterthur im Quervergleich besser abschneiden. Winterthur hat hier ein gutes Angebot, das weiter ausgebaut wird.

In seinen aktuellen Legislaturzielen 2006 – 2010 hat der Stadtrat das Nachhaltigkeitsprinzip als eine grundlegende Richtlinie für seine Regierungstätigkeit definiert. Damit bringt er zum Ausdruck, dass er die Nachhaltige Entwicklung, also die Verknüpfung von sozialen, ökonomischen und ökologischen Anliegen, für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Gesellschaft, auch auf kommunaler Ebene als die zentrale Gestaltungsaufgabe erachtet. Wie der Stadtrat bereits verschiedentlich – letztmals im Geschäftsbericht 2006 (vgl. zum Folgenden den Bericht zum Departement Sicherheit und Umwelt, S. 53) – verdeutlicht hat, besteht zwischen Nachhaltiger Entwicklung und wirtschaftlichem Wachstum entgegen bisweilen auftretenden Befürchtungen kein unüberwindbarer Zielkonflikt. Richtig betrachtet, stellt das Grundprinzip der Nachhaltigkeit sowohl für das Gemeinwesen wie auch für private Unternehmungen eine Wachstumsformel dar, die neben quantitativen Aspekten verstärkt das Qualitätsbewusstsein in den Vordergrund rückt und auf dieser Basis einen über eine kurzfristige Rentabilität hinaus reichenden, langfristigen Wertzuwachs verspricht. Die Rücksichtnahme auf gesellschaftliche Ansprüche und die natürlichen Ressourcen verursacht also nicht nur Kosten, sondern beinhaltet auch handfeste ökonomische Chancen. Im Wissen um diese Zusammenhänge haben heute schon zahlreiche Gemeinwesen und Unternehmungen Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt oder sind daran, entsprechende Vorhaben umzusetzen. Auf das Wesentliche reduziert bedeutet Nachhaltige Entwicklung nichts anderes als verantwortungsbewusstes Planen und Handeln; der Lebensqualität von heute und morgen soll dank einem vorausschauenden Umgang mit unserem ökonomischen Entfaltungspotential sowie den natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen eine langfristig solide Grundlage gegeben werden.

Basierend auf diesem Verständnis ist es dem Stadtrat ein zentrales Anliegen, dass bei allem Verwaltungshandeln und sämtlichen politischen Entscheidungen die drei Zieldimensionen der Nachhaltigen Entwicklung – Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Gesellschaftliche Solidarität und Ökologische Verantwortung – gleichermassen berücksichtigt werden. Damit im Einklang ist das "Nachhaltige Denken und Handeln" in den Legislaturzielen als eines der 21 Vorhaben von hoher Bedeutung aufgeführt, mit dem Ziel, den Nachhaltigkeitsgedanken in den Verwaltungsabläufen noch verstärkt zu verankern. Denn es ist für den Stadtrat klar, dass eine bewusst ganzheitliche Betrachtung im Sinn der Nachhaltigkeit auch und im Speziellen im Verwaltungsbereich eine unentbehrliche Grundlage für eine langfristig tragfähige Entscheidungsfindung bei komplexen Fragestellungen bildet. Dabei sind entsprechende Wirkungsanalysen, Bewertungen und Optimierungen vor allem bei mittleren und grösseren Investitionen und Projekten sinnvoll und angebracht. Eine Relevanzprüfung soll sicherstellen, dass der Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zur jeweiligen Aufgabenstellung steht.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

"Ist er [der Stadtrat] bereit, alle seine Handlungen im Voraus auf ihre Nachhaltigkeit hin zu überprüfen und seine Vorhaben schon in der Entstehung nach Kriterien der Nachhaltigkeit zu konzipieren?"

Wie bereits gesagt, ist sich der Stadtrat bereits seit Jahren bewusst, dass die Wechselwirkungen zwischen den wirtschaftlichen, natürlichen und gesellschaftlichen Aspekten der Zivilisationsentwicklung eine sorgfältige Balance voraussetzen, um die Lebenschancen jetziger und zukünftiger Generationen zu sichern. Er bekennt sich deshalb bereits auf strategischer Ebene ausdrücklich zur Nachhaltigen Stadtentwicklung. Damit will er erreichen, dass bei allen Handlungen und Entscheidungen des Gemeinwesens im Sinn einer gesamtheitlichen Optik wirtschaftliche, soziale und ökologische Gesichtspunkte gleichermassen berücksichtigt werden.

Der Stadtrat ist daher bereit und willens, bei relevanten Investitionen und Projekten den Weg in Richtung Nachhaltigkeit zielstrebig zu verfolgen. Das derzeit laufende Pilotprojekt "Nachhaltigkeitsbeurteilung in der Stadt Winterthur" unter Leitung des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz setzt den Weg in Richtung Nachhaltigkeit gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus sämtlichen Departementen konkret um. In Zusammenarbeit mit der Stiftung "sanu – Bildung für nachhaltige Entwicklung" wurden bereits mögliche Relevanzkriterien für die Nachhaltigkeitsbeurteilung definiert, Instrumente der Nachhaltigkeitsevaluation bestimmt und Projekte aus der Stadtverwaltung für die Testphase ausgewählt. Voraussichtlich Ende 2007 wird die Stadt Winterthur über ein eigenes effizientes Instrument zur Nachhaltigkeitsbeurteilung verfügen, welches erfolgreich getestet wurde und einsatzbereit ist.

Zur Frage 2:

"Kann der Stadtrat Beispiele von Innovationen und Projekten nennen, bei denen in der Konzept- und Entscheidungsphase aktiv und bewusst nach Kriterien der Nachhaltigkeit vorgegangen wurde?"

Entsprechend der ganzheitlichen Sicht von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft im Konzept der Nachhaltigen Entwicklung bietet sich ein summarischer Überblick an, um die Vielseitigkeit der stadtträtlichen Nachhaltigkeitsbestrebungen aufzuzeigen. Innerhalb der vergangenen Jahre wurden zahlreiche Projekte realisiert und ist die Stadt verschiedenen Mitgliedschaften eingegangen, die dem Ziel der Nachhaltigen Entwicklung dienen. Verschiedene diesbezügliche Aktivitäten hat der Stadtrat bereits im mehrmals genannten Postulatsbericht aufgeführt. An die damalige Darstellung anknüpfend und auf den heutigen Stand gebracht, umfasst eine bei weitem nicht abschliessende Zusammenfassung folgende aktuellen Projekte und Mitgliedschaften:

Projekte

Das Projekt Haushaltssanierung 07 (HS 07) verfolgt das Ziel eines mittelfristig ausgewogenen städtischen Finanzhaushalts, wobei der Ausgabenpolitik und insbesondere der Festsetzung und Steuerung des Investitionsvolumens im vorliegenden Zusammenhang eine besondere Bedeutung zukommt.

Der Stadtrat legt Wert darauf, dass bereits unsere Kinder als die uns nachfolgende Generation für die Belange einer Nachhaltigen Entwicklung sensibilisiert werden. Diesem Zweck dient unter anderem die vielfältige Umweltbildung im Rahmen des Schulunterrichts (z. Abfallunterricht, Waldkindergarten, Walddtage, Umweltprojekte).

Projekt "Erhöhung des Recyclingpapieranteils in der Stadtverwaltung und an den städtischen Schulen": Im Mai 2004 hat der Stadtrat beschlossen, dass der Einsatz von Recyclingpapier-

ren in der Stadtverwaltung und in den städtischen Schulen, welcher bis dahin rund 25 – 30% betrug, auf mindestens 50% des Gesamtverbrauches erhöht werden soll. Dieses Ziel wurde inzwischen mehr als erreicht: Nachdem 2004 der Anteil des Recyclingpapierverbrauchs noch 45.2% betragen hatte, lag er in den Jahren 2005 und 2006 mit 60.4% bzw. 62% deutlich über der stadrätlichen Vorgabe.

Mitte 2006 hat der Stadtrat die Beschaffungsstellen angewiesen, beim Ersatz oder Neukauf von Fahrzeugen grundsätzlich solche mit alternativen Antriebskonzepten zu beschaffen, sofern diese Fahrzeuge mit den erforderlichen technischen Spezifikationen erhältlich und wirtschaftlich sind. Auf dieser Grundlage wurden im Departement Bau zwei Kehrlichtlastwagen mit Gasbetrieb angeschafft, und ein dritter Lastwagen wurde für 2008 bestellt. Zudem wurden drei Dienstfahrzeuge durch gasbetriebene Fahrzeuge ersetzt.

Der Stadtrat legt sodann grossen Wert auf nachhaltiges Bauen. Gebäudesanierungen beinhalten deshalb nicht nur bauliche Massnahmen, sondern auch energietechnische Anpassungen oder Erneuerungen. So konnten beispielsweise 2006 sechs Flachdächer nach den Minergiewerten für Einzelbauteile saniert werden. Bei der Sanierung des Schulhauses Schachen wird eine Minergie-Zertifizierung für Umbauten möglich, und der Erweiterungsbau der Maurerschule wird im Minergiestandard ausgeführt.

Auf Anfangs Februar 2006 hat der Stadtrat die Anwendung der Baurichtlinie Luft auf dem Gebiet der Stadt Winterthur beschlossen. Dies bedeutet, dass nicht nur Dritte, welche für die Stadt Hochbau- und Strassenbauvorhaben ausführen, ihre Fahrzeuge, Geräte und Maschinen mit den entsprechenden Partikelfiltern ausrüsten müssen, sondern grundsätzlich auch die städtischen Betriebe. Die betroffenen Maschinen- und Geräteparks wurden aufgrund dieses Beschlusses überprüft und teilweise erneuert.

Ferner ist dem Stadtrat sehr an einer nachhaltigen Verkehrsentwicklung gelegen. Er setzt sich deshalb für eine optimale Verkehrserschliessung städtischer Entwicklungsgebiete ein und unterstützt die Umsetzung des Regionalen Verkehrskonzepts. Ferner wurden zur verkehrsmässigen Entlastung städtischer Wohngebiete seit 1990 unter anderem rund 50 Tempo-30-Zonen oder Zonen mit Parkkartenregimes eingerichtet. Zudem wird seit Jahren das Nebeneinander und die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger gefördert, was diverse Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs (separate Radwege und -streifen etc.) und des öffentlichen Verkehrs (Busspuren, Busbevorzugung) mit einschliesst. In diesem Zusammenhang ist auch die Mobilitätskampagne "Clevermobil" anzusiedeln: Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz setzte im Jahr 2007 in Zusammenarbeit mit der Stadt St. Gallen zur Förderung einer bewussten und wesensgerechten Verkehrsmittelwahl in der Bevölkerung ein Mobilitätskonzept um und wird für die Dauer von drei Jahren zum Thema Mobilität eine Schwerpunktkampagne durchführen. An dieser Kampagne ist unter anderem auch Stadtbus beteiligt.

Einen direkten Bezug zum Stadtverkehr hat auch das Projekt "Mobilitätsberatung für Unternehmen": Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz hat im Sommer 2005 mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern ein Pilotprojekt zur Förderung des betrieblichen Mobilitätsmanagements in grösseren Unternehmen in der Region Winterthur gestartet. Sodann bietet die Stadt Winterthur seit Juni 2006 mit dem "Mobilitätsdurchblick Schweiz" eine kostenlose Mobilitätsberatung für private Haushalte an. Das Angebot richtet sich sowohl an Einwohnerinnen und Einwohner von Winterthur als auch an Pendlerinnen und Pendler nach Winterthur. Ziele des Projektes sind, Privatpersonen für das Thema Mobilitätsverhalten zu sensibilisieren, ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern und eine verbesserte Wirkung gegenüber bestehenden Beratungsangeboten zu erzielen.

Auch Stadtbus Winterthur unternimmt verschiedene Anstrengungen in Richtung Nachhaltigkeit: So wurden ab Dezember 2004 sämtliche Flottenfahrzeuge mit Dieselantrieb mit Partikelfilter nachgerüstet. Die Depotbeleuchtung im Grüzefeld wurde mit verbesserten Beleuchtungskörpern und Dämmerungsschaltung ausgestattet. Sodann erfolgen bereits seit mehreren Jahren Schulungen zum Thema "Energiebewusstes Fahren", letztmals im Jahr 2006 für

Trolleybusse. Zu erwähnen sind ferner die ökologischen Optimierungsmaßnahmen im Bereich der Buswaschanlage im Depot Grüzefeld im Jahr 2006, die zu einer massiven Reduktion des Wasserverbrauches geführt haben.

Die Stadtgärtnerei ihrerseits achtet beim Einsatz chemischer Hilfsstoffe in Parkanlagen bereits seit Jahren auf optimale Verträglichkeit und beachtet entsprechende Branchenempfehlungen. Entsprechende Auswertungen werden anhand eines WOV-Indikators offen gelegt. Bei Projektwettbewerben (z. B. Eulachpark) ist die Nachhaltigkeit jeweils als wichtige Zielvorgabe und als Beurteilungskriterium aufgeführt. Zudem verfügt der Forstbetrieb über die Zertifizierung FSC-Label, für welche jährlich ein Audit stattfindet. Im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit wird auch Wert auf Pflege, Entwicklung und Neuanlagen von naturnahen Lebensräumen wie Wasserbiotopen, Magerwiesen, Ruderalflächen und Gehölzpflanzungen auf Grundlage der Naturschutzinventare und Vernetzungsprojekte gelegt.

Projekt "Klimafonds Stadtwerk Winterthur": Die Kundschaft von Stadtwerk kann mit einem freiwilligen Beitrag von 2 Rp./KWh Strom mithelfen, den so genannten Klimafonds zu äufnen. Mit seinen Mitteln werden Projekte zur Reduktion des CO₂-Ausstosses mitfinanziert. Die Vorbereitungsarbeiten zur Festlegung aller nötigen Kriterien und Abläufe für die Auswahl unterstützungswürdiger Projekte sind bereits sehr weit fortgeschritten. Das Entscheidungsgremium wird seine ersten Unterstützungsbeschlüsse bereits im Mai 2008 fällen.

Im Rahmen seiner auf Nachhaltigkeit angelegten Energiepolitik hat der Stadtrat sodann entschieden, dass die Stadtverwaltung über sämtliche Strombezugsstellen 100% Recyclingstrom beziehen soll. Auf diese Weise wird ein Nebenprodukt der Kehrlichtverbrennung einer sinnvollen Nutzung zugeführt. Ferner fördert Stadtwerk Winterthur mittels Beiträgen das Fahren mit Erdgas. Für diese Technik hat die EMPA bei Personenwagen im Vergleich zum Benzinantrieb erst kürzlich eine deutlich entlastende Wirkung auf die Luftqualität bestätigt. Das Energie-Contracting von Stadtwerk Winterthur beheizt etwa 800 Wohnungen sowie mehrere Gewerbeliegenschaften mit Holz aus dem Stadtwald. Holz ist nachwachsend und erzeugt bei der Verbrennung nicht mehr CO₂, als es beim Wachstum aufgenommen hat. Schliesslich führt Stadtwerk zusammen mit der ZHAW mehrmals jährlich gut besuchte Energie- und Umweltpapéros durch, die sich mit Nachhaltigkeitsthemen befassen. Einmal jährlich liegt den Stromrechnungen von Stadtwerk schliesslich ein Stromverbrauchsvergleich bei, welcher der Kundschaft die Überwachung ihres Stromverbrauchs ermöglicht.

Projekt "Energiesparwochen": Im November 2006 und im Juni 2007 sind in der Stadtverwaltung mit nachweislichem Erfolg so genannte "Energiesparwochen" durchgeführt worden, welche die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen sparsamen Umgang mit Energie sensibilisiert haben.

Projekt "KMU-Programm Energie-Effizienz": Hierbei handelt es sich um ein nationales Pilotprojekt mit dem Ziel, den Energie- und Ressourcenverbrauch der KMU zu optimieren, Kosten zu sparen und den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Dieses Pilotprojekt wurde mit dem europäischen Klimaschutzpreis "Climate Star 2004" ausgezeichnet. Seit Mai 2007 ist dieses Projekt ein langfristiges Angebot.

Zum Stichwort "Nachhaltige Siedlungs- und Wohnungspolitik": Mit ihren Hauptstossrichtungen des Neubaus im mittleren und höheren Segment, der Erneuerung des Wohnungsbestands und der Schaffung von speziellen Wohnangeboten etwa für Studierende oder ältere Menschen zielt die Wohnungspolitik des Stadtrats auf eine ausgewogene Bevölkerungszusammensetzung und Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt. Ob jung oder alt: Sämtliche Alterssegmente sollen in Winterthur den heutigen Bedürfnissen angepassten Wohnraum in einem attraktiven Umfeld finden können.

Mit der "Entwicklungsstrategie Oberwinterthur" wird ein dicht bebauter, urbaner Stadtteil im bestehenden Siedlungsgebiet angestrebt. Die heutige industrielle Nutzung bleibt erhalten und wird mit ergänzenden Wohn- und weiteren Nutzungen erweitert und überlagert. Die drei am Gebietsrand gelegenen S-Bahn-Stationen erhalten eine wichtige Funktion als Eingangs-

pforten ins Gebiet sowie als Verknüpfungspunkte des öffentlichen Verkehrs mit dem Langsamverkehr und den umliegenden Stadtquartieren. Einen Identifikationsschwerpunkt bildet der zukünftige Eulachpark als Naherholungsgebiet für das neue Stadtquartier mit der alten Halle 710 als wichtigem Ort für quartierbezogene, sozio-kulturelle Aktivitäten.

Das "Projekt Töss" entspricht im Wesentlichen den Kriterien der lokalen Agenda 21. Es wurde Anfang 2005 mit einer Zukunftskonferenz gestartet. Bei der aktuell laufenden Realisierung der von der Bevölkerung angeregten Teilprojekte arbeiten die aus verschiedenen Departementen zusammengesetzte Projektgruppe und die teilnehmende Bevölkerung weiterhin eng zusammen. Gezielte Kommunikationsmassnahmen ermöglichen die Information und Mitsprache auch der weiteren Bevölkerungskreise. Im Rahmen der "Entwicklungsstudie Zürcherstrasse", einem Teilprojekt aus dem "Projekt Töss", wird eine Vision und Umsetzungsstrategie für die kurz-, mittel- und langfristige Aufwertung des erweiterten Strassenraums mit Wirkung auch auf die rückwärtigen Quartierteile gesucht. Themen sind die Verkehrsentwicklung, Querungen und Bezüge, Gestaltung und Nutzung des Strassenraums und der angrenzenden Liegenschaften sowie die Entwicklung bestimmter Areale. Mit der auf alle Zeithorizonte angelegten Strategie soll eine kontinuierliche, in allen Phasen qualitätvolle Entwicklung erreicht werden. Das "Projekt Töss" hat auch Pilotcharakter im Hinblick auf allfällige Anschlussprojekte in anderen Stadtquartieren.

Sodann hat der Stadtrat ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Landwirtschaftskonzept verabschiedet. Es verfolgt das Ziel, den städtischen Landwirtschaftsbetrieben eine Existenzsichernde Zukunft zu ermöglichen und gleichzeitig den biologischen Anbau zu erweitern.

Projekte zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten: Sämtliche aus dem städtischen Integrationskredit mitfinanzierten Projekte sind auf soziale Nachhaltigkeit angelegt. So werden z.B. niederschwellige Deutschkurse, Projekte für Frauen und Mütter sowie Projekte für Kinder aus bildungsfernen Migrantenfamilien besonders gefördert. Dabei wird der Eigeninitiative der Ausländervereine besondere Beachtung geschenkt, um die bedarfbezogene Ausrichtung und damit auch die Akzeptanz der Integrationsprojekte zu gewährleisten.

Im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit ist auch das Wirken der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) anzusiedeln. Mit ihren vielfältigen Projekten verfolgt sie das Ziel, den Beschäftigungslosen den Ein- oder Wiedereinstieg in ein Arbeitsverhältnis zu erleichtern, ihre Arbeitsmarktchancen zu erhalten, ihre beruflichen Fähigkeiten zu erweitern sowie bei Bedarf ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den Jugendlichen mit mangelhafter Ausbildung oder solchen, die nach abgeschlossener Lehre ohne Festanstellung oder andere Anschlusslösung sind. Grosse Bedeutung ist daneben auch den Projekten mit sozialpräventivem Charakter beizumessen; beispielhaft zu nennen sind "jump/jumpina", "Trampolin", das begleitete Wohnen und die Überbrückungspflege. Als wichtiges Projekt zur sozialen Integration ist schliesslich auch der "Läbesraum" zu nennen.

Mitgliedschaften

Die Stadt Winterthur ist im Jahr 1992 dem europäischen Klimabündnis e.V. beigetreten und Mitglied der Klima-Bündnis-Städte Schweiz (KBSS). Die Klimabündnis-Städte Schweiz wollen gemeinsam eine aktive Klimaschutzpolitik betreiben und die indigenen Völker der Regenwälder im Hinblick auf eine nachhaltige Nutzung ihrer Lebensräume unterstützen.

Winterthur ist Mitglied im "Forum für Nachhaltige Entwicklung". Das im Juni 2001 gegründete "Forum Nachhaltige Entwicklung" ist die zentrale Plattform für die Umsetzung der Politik der Nachhaltigen Entwicklung in der Schweiz. Bund, Kantone und Städte sind an diesem Forum beteiligt, das vor allem den gegenseitigen Informationsaustausch fördert und der Unterstützung gemeinsamer Umsetzungsprojekte dient.

Mitglied ist Winterthur zudem bei der IGÖB (Interessengemeinschaft Ökologische Beschaffung Schweiz). Die IGÖB erarbeitet Beschaffungsstandards und -hilfsmittel für eine umwelt-schonende und kostengünstige Beschaffung.

Schliesslich ist Winterthur seit 1999 Mitglied des Trägervereins Energiestadt®. "Energie-stadt" ist ein umfassender Prozess, der die Gemeinde über verschiedene Stufen langfristig zu einer nachhaltigen kommunalen Energiepolitik führt.

Zur Frage 3:

"Welche konkreten Methoden wendet der Stadtrat bei mittleren und grösseren Projekten an, um diese im Hinblick auf deren Nachhaltigkeit zu konzipieren? Hat der Stadtrat Kenntnis von bestehenden Methoden zur Überprüfung der Nachhaltigkeit und ist er bereit solche zu entwickeln oder zu übernehmen?"

Bereits 1999 wurde das so genannte Winterthurer Nachhaltigkeits-Barometer entwickelt. Dieses Instrument ist eine Art Fragebogen mit einem einfachen Punktbewertungssystem. Unter Berücksichtigung von knapp 100 Indikatoren in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt können Vorhaben hinsichtlich ihrer potenziellen Nachhaltigkeit beurteilt werden. Dieses Pilotinstrument wurde von den Kantonen Bern, Solothurn und Basel-Landschaft aufgegriffen und individuell weiterentwickelt. Im Sommer 2003 wurden Nachhaltigkeits-Beurteilungsinstrumente als Pilotanwendungen für drei verschiedene Bereiche der Stadtverwaltung entwickelt. Ziel war es, diese Instrumente ohne nennenswerten Mehraufwand in der täglichen Arbeit der Stadtverwaltung einzusetzen, damit sie ein grundlegender Bestandteil der Entscheidungsfindung werden. Dabei wurde ein neuer Ansatz verfolgt, indem keine Punktezahl vergeben, sondern durch die Beantwortung von Fragen aufgezeigt wurde, ob im konkreten Einzelfall ein positiver oder ein negativer Beitrag zu den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung vorliegt. Im Rahmen des laufenden Pilotprojekts "Nachhaltigkeitsbeurteilung in der Stadt Winterthur" (vgl. dazu die Antwort auf Frage 1) wird das "Winterthurer Instrument" derzeit getestet, um anhand praktischer Erfahrungen offene Fragen zu klären und es für die breite Anwendung in der Verwaltung zu optimieren.

Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung haben – je nach Aufgabengebiet – Kenntnis von zahlreichen Methoden zur Überprüfung der Nachhaltigkeit, seien dies die Bundesratskriterien, die 27 Nachhaltigkeitskriterien des Interdepartementalen Ausschusses Nachhaltige Entwicklung IDANE, die über 100 MONET-Indikatoren und 17 -Schlüsselindikatoren, die 35 Zielbereiche des Cercle Indicateurs, das Winterthurer Nachhaltigkeits-Barometer und dessen Weiterentwicklung. Zudem sind weitere Methoden in unterschiedlicher Tiefe bekannt, wie beispielsweise der ökologische Fussabdruck oder der Human Development Index.

Wie vorstehend bereits erläutert, hat der Stadtrat verschiedene dieser Messmethoden übernommen, weiterentwickelt und arbeitet derzeit im Pilotprojekt "Nachhaltigkeitsbeurteilung in der Stadt Winterthur" an der Optimierung des Winterthurer Instruments.

Zur Frage 4:

Wie arbeitet der Stadtrat mit dem Zentrum für Nachhaltige Entwicklung der ZHW zusammen?

Es besteht eine langjährige und bewährte Zusammenarbeit zwischen diversen Amtsstellen der Stadtverwaltung und dem Institut für Nachhaltige Entwicklung der ZHAW (INE).

Seit über 10 Jahren führt die ZHAW, mit Beteiligung des INE, zusammen mit mehreren Amtsstellen der Stadtverwaltung die Winterthurer Energie- und Umwelt-Apéros durch.

Von 2000 bis 2002 fand im Rahmen des EU-Forschungsprojektes PASTILLE (Promoting Action for Sustainability Through Indicators at the Local Level in Europe) eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem damaligen Umweltschutzbeauftragten der Stadt Winterthur und dem INE statt. Im Rahmen dieses Projektes wurden der Einsatz und die Wirksamkeit

von Indikatorensystemen zur Förderung von Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene untersucht. Die ZHAW leitete als Forschungspartnerin die schweizerische Fallstudie in der Stadt Winterthur, die ihrerseits als Praxispartnerin aktiv am Projekt teilnahm. Während der Projektlaufzeit wurde der Nachhaltigkeitsbarometer, ein Instrument zur Nachhaltigkeitsbewertung von Projekten der Stadtverwaltung, weiterentwickelt und das Kernindikatorensatz erarbeitet, mit welchem in der Folge mehrere Schweizer Städte und Kantone an einem Benchmarking ihrer Nachhaltigkeitsleistungen teilnahmen. Zudem wurde ein "Praxisleitfaden zur besseren Anwendung von Nachhaltigkeitsindikatoren auf lokaler Ebene" für Stadt- und Gemeindebehörden herausgegeben.

Der stellvertretende Leiter des INE, Prof. Markus Kunz, war Mitglied der Begleitgruppe des Projektes "Situationsanalyse Nachhaltige Entwicklung in Winterthur" (2004-2005). Auch das vorerwähnte Stadtentwicklungsprojekt "Töss" wurde in enger Zusammenarbeit mit der ZHAW erarbeitet.

Unter der Leitung vom INE beteiligt sich die Stadtverwaltung zudem derzeit am Projekt "NOGF - Nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung". Ziel des Projektes ist es, einen Überblick über die Nachhaltigkeitsorientierung von Winterthur und vier weiteren Deutschschweizer Gemeinden zu gewinnen und mittels Experten-Workshops sowie Fallstudien mögliche Entwicklungswege zur Nachhaltigen Gemeindeführung aufzuzeigen. Schliesslich führte das INE diverse Projekte zusammen mit dem Stadtmarketing durch und im Projekt "Gesundheitscluster Winterthur - Die Rolle der ZHAW" war die Wirtschaftsförderung Winterthur Projektpartnerin. Darüber hinaus befinden sich verschiedene Projektideen zwischen Amtsstellen der Stadtverwaltung und dem INE in der Abklärungsphase. So bestehen Kontakte zwischen dem Vermessungsamt und dem INE betreffend Aufbau/Umsetzung einer Geoinformationsstrategie und Verknüpfung mit einer virtuellen Stadtentwicklung. Zudem wird sich Winterthur eventuell ab 2008 als Fallstudiengemeinde am Projekt "Standortfaktor Naherholung" des INE und vier weiterer Hochschulinstitute beteiligen.

Zur Frage 5:

Ist der Stadtrat bereit, auch bei kleineren Vorhaben, welche in Ausgaben- bzw. Beschlusskompetenz von Verwaltungsstellen fallen, eine summarische Nachhaltigkeitsprüfung im Sinne eines formellen Nachhaltigkeitschecks zu verlangen?

Der Stadtrat klärt die Möglichkeiten und Grenzen einer Nachhaltigkeitsbeurteilung städtischer Vorhaben derzeit im Rahmen des erwähnten Pilotprojektes "Nachhaltigkeitsbeurteilung in der Stadt Winterthur" ab. Unter der Leitung des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz und begleitet von der Stiftung "sanu – Bildung für nachhaltige Entwicklung" haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus allen Departementen zusammengeschlossen, um die Nachhaltige Entwicklung in der Praxis der Stadtverwaltung umzusetzen. In der aktuellen Testphase werden die Projekte "Stadtlicht", "Firmenansiedlung Areal Frauenfelderstrasse" (beide Dept. Kulturelles und Dienste), "Investitionsplanung" (Dept. Finanzen), "Schulhaus Wyden (Niederfeld)" (Dept. Bau), "Schulraumplanungsprozess" (Dept. Schule und Sport) und "Soziales Projekt" (Dept. Soziales) einer Beurteilung unterzogen. Ziel dieser Bestrebungen ist es auch, die Relevanzkriterien für die Nachhaltigkeitsbeurteilung abschliessend zu definieren, um den Verwaltungsstellen eine einfache und dennoch effiziente Relevanzmatrix zur Verfügung zu stellen.

Zur Nachhaltigkeitsbeurteilung in der Stadt Winterthur werden voraussichtlich Ende 2007 zwei Produkte aus diesem Projekt vorliegen. Erstens ein effizientes Instrument für die Projektevaluation mit Leitfaden und zweitens eine Anleitung, wie die Kriterien der Nachhaltigen Entwicklung in den Verwaltungsprozess (z.B. bei der Finanzplanung, Firmenansiedlung oder Schulraumplanung) integriert werden können. Letzteres unterstützt die Verantwortlichen darin, den richtigen Entscheidungsmoment zu finden und diejenigen Entscheidungskriterien auszuwählen, die mit der Nachhaltigen Entwicklung kompatibel sind.

In der Testphase werden zwei Instrumente angewendet: Das Winterthurer Nachhaltigkeitsinstrument, welches auf einer Excel-Checkliste mit über 60 Fragen aufbaut, und das St. Galler Nachhaltigkeitsinstrument, das der Diskussionsanregung auf der Basis von rund 20 Fragen einschliesslich Tipps dient. Es lässt sich bereits festhalten, dass im Kontext einer grösseren Projektbeurteilungsgruppe mit Nachhaltigkeitserfahrung das St. Galler Instrument vorzuziehen ist, während sich das Winterthurer Instrument besser für kleinere Beurteilungsgruppen ohne vertieftes Nachhaltigkeitswissen eignet.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist dem Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder